

IPPNW e.V. | Körtestraße 10 | 10967 Berlin

Bundeskanzlerin Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 BERLIN

Abschiebungen nach Afghanistan

Berlin, 27. Juni 2018

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

nach dem neuen Bericht des Auswärtigen Amtes zur Lage in Afghanistan bleiben Abschiebungen in dieses kriegs- und krisengeschüttelte Land aus unserer Sicht völkerrechtswidrig. Sogenannte inländische Fluchtalternativen sind eine Fiktion.

Die Bedrohung ist nicht zu jeder Zeit an jedem Ort gleich, das ist richtig. Die inzwischen übliche Formulierung "volatile Sicherheitslage" bedeutet aber nichts anderes, als dass jederzeit überall in Afghanistan Menschen durch einen Terroranschlag ums Leben kommen können. Die Zahl der zivilen Opfer von Terrorangriffen und Selbstmordattentaten hat sich in den ersten drei Monaten 2018 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr verdoppelt. Die größte Gefahr besteht in der Hauptstadt Kabul, dem Zielort der Abschiebeflüge.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie die Bundesregierung aus dem aktuellen Lagebericht die Legitimation für weitere Abschiebungen nach Afghanistan und gar deren Ausweitung ableiten will.

Schon lange vor dem angeblichen Bremer BAMF-Skandal war bekannt, dass fehlerhafte Asylbescheide unter politischem Druck erlassen werden, um möglichst viele Afghanen (und Nordafrikaner) abschieben zu können. Dies ist der eigentliche Skandal. Über 50% dieser Bescheide werden von Verwaltungsgerichten korrigiert.

Daher fordern wir Sie auf, die Abschiebungen afghanischer Geflüchteter - auch im Dublin-Verfahren - umgehend zu stoppen und das BAMF zur Neubewertung aller ablehnenden Asylbescheide für diese Personengruppe zu verpflichten.

Mit freundlichen Grüßen



Carlotta Conrad (für den Vorstand der IPPNW)